

141300-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Europaweite Ausschreibung (Verhandlungsverfahren) von Ingenieurleistungen für die Errichtung einer dezentralen Wasserstoffproduktionsanlage (Elektrolyseur) in Lübeck für die Entsorgungsbetriebe Lübeck

OJ S 41/2026 27/02/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: EBL - Entsorgungsbetriebe Lübeck

E-Mail: manfred.rehberg@ebl.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Europaweite Ausschreibung (Verhandlungsverfahren) von Ingenieurleistungen für die Errichtung einer dezentralen Wasserstoffproduktionsanlage (Elektrolyseur) in Lübeck für die Entsorgungsbetriebe Lübeck

Beschreibung: Die Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) betreiben am Standort der Deponie Niemark eine Anlage zur mechanisch-biologischen Behandlung (MBA) von Restabfällen und Mitverarbeitung von Bioabfällen sowie ein Biomassewerk (BMW) zur Behandlung von Grünabfällen und Reststoffen (insbesondere Gärreste) aus der Bioabfallbehandlung. In diese Gesamtanlage soll eine dezentrale Wasserstoffproduktion integriert werden. Gegenstand dieser Ausschreibung sind die für dieses Vorhaben erforderlichen Ingenieurleistungen für die Errichtung einer dezentralen Wasserstoffproduktionsanlage (Elektrolyseur) in Lübeck.

Kennung des Verfahrens: 1ffec660-7324-4136-8025-cf93cb33dc53

Interne Kennung: EBL-2026-Vergabe Elektrolyseur

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Das Verhandlungsverfahren wird in zwei Stufen durchgeführt. ++++++ Phase 1 - "Teilnahmewettbewerb" Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs werden die Bewerber, die mit der form- und fristgerechten Abgabe des Teilnahmeantrags ihr Interesse an der Teilnahme am weiteren Verfahren bekundet haben, einer Eignungsprüfung unterzogen. Die Eignungsprüfung erfolgt auf Grundlage der in der europaweiten Bekanntmachung dargestellten Mindestkriterien. Auf der Grundlage der in diesem Leitfaden dargestellten Kriterien wird die Eignung der Bewerber geprüft. Sodann werden unter den grundsätzlich geeigneten Bewerbern im Rahmen des

Teilnahmewettbewerbs drei bis fünf Bewerber (anhand des Auswahlkriteriums) ausgewählt und zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert. ++++++ Phase 2 - "Verhandlungsverfahren" Die zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bieter sollen ein vollständiges Erstangebot, unter Beachtung der in den Vergabeunterlagen dargestellten

Vorgaben, abgeben. Dieses Erstangebot ist verbindlich, kann also bezuschlagt werden. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass die ausgewählten Bieter Ihr Projektteam sowie die konzeptionelle Herangehensweise dem Auftraggeber im Rahmen eines Bietergesprächs/ Präsentationstermins vorstellen. Im Rahmen dieses Termins kann auch über die im Rahmen der ersten Angebotsstufe vorgelegten Erstangebote verhandelt werden. Die Vergabestelle beabsichtigt, im Rahmen des an die erste Wertung ggf. anschließenden weiteren Verhandlungsverfahrens sukzessive weniger gut platzierte Bieter auszuschließen, um mit den 3 anhand der Wertung besser platzierten Bietern in (weitere) Verhandlungen zu treten und Endverhandlungen nur mit einem Unternehmen zu führen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71250000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste, 71241000 Durchführbarkeitsstudie, Beratung, Analyse, 71242000 Entwurf und Gestaltung, Kostenschätzung, 71245000 Genehmigungsvorlagen, Konstruktionszeichnungen und Spezifikationen, 71247000 Beaufsichtigung der Bauarbeiten, 71248000 Projektaufsicht und Dokumentation

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Lübeck, Kreisfreie Stadt (DEF03)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4YHJMC9#

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Korruption:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Zahlungsunfähigkeit:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher
Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Europaweite Ausschreibung (Verhandlungsverfahren) von Ingenieurleistungen für die Errichtung einer dezentralen Wasserstoffproduktionsanlage (Elektrolyseur) in Lübeck für die Entsorgungsbetriebe Lübeck

Beschreibung: Im Rahmen des Projektes H2ANSE soll eine dezentrale Wasserstoffproduktionsanlage auf dem Betriebsgelände der EBL errichtet werden. In diesem Zusammenhang sind diverse Planungs- und Ingenieurleistungen zu erbringen. Ziel dieses Ausschreibungsverfahrens ist die Ermittlung und Beauftragung eines qualifizierten Fachplaners für die Erbringung dieser Leistungen. Für die Erzeugung des Wasserstoffs ist die Installation eines PEM-Elektrolyseurs mit einer Stackleistung von 1 MW auf dem Betriebsgelände der Entsorgungsbetriebe Lübeck geplant. Ergänzt wird die Anlage durch eine Kompressor- und Trailerabfüllstation. Die Bereitstellung der elektrischen Energie zum Betrieb des Elektrolyseurs erfolgt durch eine bereits projektierte PV-Anlage mit einer Peak-Leistung von ca. 7 MWp, die auf dem Südhang der benachbarten Abfalldeponie Niemark durch die EBL installiert und betrieben werden soll. Gegenstand dieser Ausschreibung sind alle erforderlichen Ingenieurleistungen für die Errichtung der Wasserstoffproduktionsanlage. Vorgesehen ist ein Generalplaner- bzw. Lead-Engineer-Modell mit Gesamtkoordinationsverantwortung. Der Auftragnehmer (= technischer Berater) übernimmt die fachübergreifende Koordination aller technischen Disziplinen. Die Schnittstellen zu Behörden und Fördermittelgebern werden durch die EBL betreut. Die Zuarbeit in allen Genehmigungsverfahren sowie im Berichtswesen, das seitens des Fördermittelgebers verlangt wird, erfolgt ebenfalls durch den technischen Berater. Gegenständlich sind Ingenieurleistungen analog zu den HOAI-Leistungsphasen 1-8.
Interne Kennung: EBL-2026-Vergabe Elektrolyseur

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71250000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste, 71241000 Durchführbarkeitsstudie, Beratung, Analyse, 71242000 Entwurf und Gestaltung, Kostenschätzung, 71245000 Genehmigungsvorlagen, Konstruktionszeichnungen und Spezifikationen, 71247000 Beaufsichtigung der Bauarbeiten, 71248000 Projektaufsicht und Dokumentation

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Lübeck, Kreisfreie Stadt (DEF03)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Ermöglichung der Versorgung mit nachhaltiger, treibhausgasneutraler Energie, Nutzung der Potenziale der vorhandenen Anlage (MBA) am Standort der Deponie Niemark für Koppelprodukte und Abwärme, Integration einer Photovoltaikanlage

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Vorzulegende Nachweise, Erklärungen und

Dokumente: - Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123

GWB - Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB -

Eigenerklärung über die Erfüllung der gewerberechtlichen Voraussetzungen und Eintragung

im Berufs- oder Handelsregister - Eigenerklärung zu § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG) -

Eigenerklärung zum Nicht-Vorliegen eines Russlandbezugs (Art. 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022) - Handelsregistrauszug Auf Verlangen der Vergabestelle sind innerhalb

einer gesetzten Frist folgende Unterlagen beizubringen: - Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamtes, mindestens eines Sozialversicherungsträgers sowie der

Berufsgenossenschaft, - die Führungszeugnisse aller Geschäftsführer (falls kein

Geschäftsführer bestellt, aller Inhaber) sowie den Auszug aus dem Gewerbezentralregister.

Die Vergabestelle fordert mit dem Teilnahmeantrag, jedoch spätestens nach entsprechender

Aufforderung innerhalb einer gesetzten Frist, die Bebringung eines Handelsregistrauszugs

(bei GmbH & Co. KG auch von der GmbH [Komplementär]).

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Vorzulegende Nachweise, Erklärungen und

Dokumente: - Eigenerklärung zum Vorliegen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer

Deckungssumme in Höhe von mind. EUR 10,0 Mio. für Personen- und Sachschäden sowie

mind. EUR 5,0 Mio. Vermögensschäden bzw. Eigenerklärung, im Auftragsfall den geforderten

Versicherungsschutz zu stellen. - Eigenerklärung zum Umsatz des Gesamtunternehmens

sowie zum Umsatz im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen für die Jahre 2023-2025. Es

gelten folgende Mindestanforderungen an den Umsatz: a) Der Gesamtumsatz muss im

Durchschnitt der vergangenen 3 Jahre mindestens 1.000.000 EUR pro Jahr betragen. b) Der

Umsatz im Bereich von Planungs- und Ingenieurleistungen im Zusammenhang mit

verfahrenstechnischen Anlagen, Energieumwandlung, Industrie- oder Wasserstoffanlagen

muss im Durchschnitt der vergangenen 3 Jahre mindestens 450.000 EUR pro Jahr betragen.

c) Der Umsatz im Bereich von Planungs- und Ingenieurleistungen im Zusammenhang mit Wasserstoffanlagen muss im Durchschnitt der vergangenen 3 Jahre mindestens 125.000 EUR pro Jahr betragen. Auf Verlangen der Vergabestelle sind innerhalb einer gesetzten Frist folgende Unterlagen beizubringen: - Die Versicherung ist auf Verlangen nachzuweisen. - Die jüngsten bestätigten Jahresabschlussbericht bzw. Bilanzen und GuV der Jahre 2023, 2024 und 2025, soweit deren Veröffentlichung für den jeweiligen Bieter gesetzlich vorgeschrieben ist

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Vorzulegende Nachweise, Erklärungen und Dokumente: - Eigenerklärung über die jahresdurchschnittliche Anzahl der beschäftigten Mitarbeiter (MA) des Bewerbers insgesamt und hinsichtlich der vergabegegenständlichen Leistungen (Planungsleistungen/Ingenieursdienstleistungen) jeweils für die letzten drei Geschäftsjahre - Eigenerklärungen zur fachlichen Qualifikation des Projektteams Als Mindestanforderung an den Projektleiter gilt: Der Projektleiter muss über ein abgeschlossenes, ingenieurwissenschaftliches Hochschulstudium verfügen und eine mindestens 5-jährige Berufserfahrung im Bereich der Planung und Umsetzung komplexer Industrieanlagenprojekte nachweisen. Darüber hinaus ist erforderlich, dass der Projektleiter bereits mindestens zwei Wasserstoffprojekte fachlich geleitet hat. Als Mindestanforderung an den stellvertretenden Projektleiter gilt: Der stellvertretende Projektleiter muss über ein abgeschlossenes, ingenieurwissenschaftliches Hochschulstudium verfügen und eine mindestens 2-jährige Berufserfahrung nachweisen. - Eigenerklärung über mindestens 3 Referenzen aus den letzten 5 Jahren vor Ablauf der Angebotsfrist: Es sind 3 Referenzen für nachfolgend definierte Planungs-/Ingenieurleistungen beizubringen: - Jede der Referenzen muss sich auf ein abgeschlossenes Wasserstoffprojekt beziehen, bei dem Elektrolyseanlagen mit einer elektrischen Anschlussleistung von mindestens einem Megawatt konzeptioniert wurden. In mindestens einem der 3 Wasserstoffprojekte ist darüber hinaus die (geplante) Umsetzung auf Basis der planerischen Tätigkeit des Bieters nachzuweisen. - Die Rolle des Bieters in diesen Referenzprojekten muss mindestens eine konzeptionelle und planerische Tätigkeit umfassen. Reine Machbarkeitsstudien, Voruntersuchungen oder Forschungsprojekte ohne Realisierungsbezug werden ausdrücklich nicht als alleinige Referenz anerkannt. +++ Auf Verlangen der Vergabestelle sind innerhalb einer gesetzten Frist folgende Unterlagen nachzureichen: - Studien-/Abschlussbescheinigungen der Mitarbeiter des Projektteams - Verpflichtungserklärung(en) der Unternehmen, die die zur Auftragserfüllung notwendigen Mittel zur Verfügung stellen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Auswahlkriterium "Anzahl und Qualität von zusätzlichen Referenzen": Die Auswahl des Bieterkreises, mit welchem die Vergabestelle schließlich in Verhandlungen treten wird, erfolgt anhand dieses Kriteriums und der nachfolgenden Beschreibung. Die Angaben der Bewerber werden von der Vergabestelle mit Punkten bewertet. Für die Verhandlungen ausgewählt werden nach Ermessen der Vergabestelle 3 bis maximal 5 Bewerber, die in Summe die höchsten Punktzahlen (von max. 100 Punkten) erzielt haben. Für den Fall, dass nach der hier beschriebenen Vorgehensweise durch Punktgleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, entscheidet das Los. Von den Bewerbern können bis zu 5 weitere Referenzen über die Erbringung von mit dem gegenständlichen Vorhaben vergleichbaren Planungs-/Ingenieurleistungen benannt werden. (Die zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit eingereichten Referenzen dürfen nicht nochmals im Rahmen des Auswahlkriteriums angegeben werden.) Es gibt keine Vorgabe, dass bestimmte Leistungsphasen vom Auftrag umfasst sein müssen. Jedes der im Rahmen der

Auswahlkriterien benannten Referenzprojekte muss aus den vergangenen 10 Jahren vor Ablauf der Angebotsfrist dieser Ausschreibung stammen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 100,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 20/03/2026 23:59:59 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHJMCF9/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHJMCF9>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 08/04 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHJMCF9>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 30/03/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber ist berechtigt, nicht aber verpflichtet, die Bewerber /Bieter aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Ein Anspruch der Bewerber/Bieter hierauf besteht nicht. Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist - mit Ausnahme von Preisangaben im Sinne von § 56 Abs. 3 S. 2 VgV - ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Informationen über die Überprüfungsfristen: Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet: 1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. 2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. 3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: a) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; b) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden; c) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, d) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Hinsichtlich der Informationen nicht berücksichtigter Bieter gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt: Bieter, deren Angebot für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gem. § 134 GWB darüber informiert. Dies gilt auch für Bieter, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagserteilung an die betroffenen Bieter ergangen ist. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber oder Konzessionsgeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: EBL - Entsorgungsbetriebe Lübeck

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: EBL - Entsorgungsbetriebe Lübeck

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: EBL - Entsorgungsbetriebe Lübeck

Registrierungsnummer: t:0451707600

Postanschrift: Malmöstraße 22

Stadt: Lübeck

Postleitzahl: 23560

Land, Gliederung (NUTS): Lübeck, Kreisfreie Stadt (DEF03)

Land: Deutschland

E-Mail: manfred.rehberg@ebl.de

Telefon: 0451 707600

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Registrierungsnummer: t:04319884542

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24105

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Telefon: 0431 988-4542

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 032c0c3a-2385-4f4b-904e-781b647d5907 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 26/02/2026 12:22:04 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 141300-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 41/2026

Datum der Veröffentlichung: 27/02/2026